



Medienkommentar

Ost-Ukraine fordert Taten aus Kiew!



Unmittelbar nach dem Zustandekommens des Rahmenplans zur Lösung der Ukraine-Krise in Genf am 17.04.2014 erwartet die USA nun erste Erfolge von ...

Unmittelbar nach dem Zustandekommens des Rahmenplans zur Lösung der Ukraine-Krise in Genf am 17.04.2014 erwartet die USA nun erste Erfolge von Russland, damit diese ihren Einfluss auf die Ost-Ukraine wahrnehmen und zur Deeskalation ihren Beitrag leisten.

Wir gehen nun in unserer Berichterstattung einige Wochen zurück und fragen uns, wie berechtigt solche Forderungen sind: Hierzu gilt es auch, sich vor Augen zu führen, weshalb sich die Ostukrainer bis aufs Äusserste wehren und die besetzten Gebäude nicht ohne Weiteres freigeben wollen.

Nachdem die Bevölkerung des Südostens der Ukraine vor Wochen angefangen hat, mit friedlichen Kundgebungen und Märschen auf die Straße zu gehen, um der Forderung nach demokratischen Rechten und Freiheiten für die russischsprachigen Gebiete Nachdruck zu verleihen, wurden sie sofort sowohl von ukrainischen Medien wie von Politikern als Separatisten bezeichnet, die von russischen Geheimdiensten geleitet würden. Gleichzeitig bedrohten einige ukrainische Politiker und Abgeordnete der Obersten Rada die russischsprachigen Bewohner der Ukraine mehrfach in ihren Reden mit Vergeltung und Tod. In einem abgehörten Telefonat zwischen der Präsidentschaftskandidatin Julia Timoschenko und dem ehemaligen stellvertretenden Chef des ukrainischen Sicherheitsrates, Nestor Schufritsch, fielen zynische Aussagen wie: „Diese Russen gehören kaltgestellt, wenn es sein muss mit Atomwaffen“. Die Abgeordnete der Swoboda-Partei Irina Farion sagte z.B. im Sitzungssaal der Obersten Rada (Ich zitiere): „In der Ukraine sprechen entweder Touristen, abgebrühte Flegel oder Agressoren Russisch. Wir haben 14 % Ukrainer, die Russisch als ihre Muttersprache angegeben haben – das meint die Sprache der Besatzer. Das zeugt von einer schrecklichen Mutation in ihrem Verstand. Das sind 5 Mio. entartete Ukrainer“, und ich zitiere weiter:

„Unsere Pflicht ist es, auf gesetzlicher Ebene diese Menschen durch den Staat als Zwangsapparat umzukehren ... Ich würde mit aller Härte vorgehen, ich würde sie abschießen ...“

Solche und ähnliche Äußerungen sorgten bei den Ukrainern in den russischsprachigen Gebieten für weitere Protestwellen. Die Zahl der Demonstranten, die auf die Straße gehen, erhöhte sich laufend. Die Menschen haben die Hoffnung auf den Schutz durch die Staatsgewalt und die ukrainische Regierung verloren.

In den letzten Tagen kam es nun zu massenhaften Verhaftungen von Demonstranten. Die Angehörigen erfahren zum Teil selbst auf Nachfrage noch nicht einmal, wo sich die Verhafteten aufhalten. Die Menschen sehen sich also gezwungen, selber die Waffe in die Hand zu nehmen, um sich vor Gewaltanwendungen zu schützen.

Dass dem Besetzen von Verwaltungsgebäuden solche Ereignisse vorausgegangen sind, wurde in westlichen Medien wohlweislich verschwiegen. Und dass mit Andersdenkenden nicht zimperlich umgegangen wird, zeigten wir schon in unseren Medienkommentaren vom 09.03. und vom 23.03.2014 auf. Auf zwei Beispiele hierzu sind die Gewaltanwendungen gegen den Präsidentschaftskandidaten Oleg Zarev und gegen den Gouverneur von Donezk,

Pavel Gubarev zu nennen. Zarev z.B. wurde am 14. April nach einem Fernsehauftritt zusammengeschlagen und musste im Krankenhaus medizinisch behandelt werden. Er hatte sich zuvor des Öfteren kritisch gegenüber der illegitimen Regierung in Kiew geäußert. Pavel Gubarev, ein vom Volk gewählter Gouverneur, organisierte Demonstrationen in Donezk und wurde noch am selben Tag, als er ein ähnliches Referendum wie auf der Krim forderte, inhaftiert. Nun liegt er aufgrund von "Verhören" im Koma.

Sehr verehrte Zuschauerin, sehr verehrter Zuschauer!

Nachdem die Gewalt gegen die Bevölkerung in der Ostukraine offensichtlich zunehmend von der Regierung aus Kiew und der dahinter stehenden USA ausgegangen ist, fordern deshalb die Ostukrainer jetzt nicht nur diplomatische Willensbekundungen, sondern handfeste Taten und Beweise insbesondere von der Regierung von Kiew. Vornehmlich, dass sie ihren Teil des Genfers Kommuniqué erfüllt: nämlich die Entwaffnung aller rechtswidrig bewaffneten Gruppierungen, einschließlich des sogenannten „Rechten Sektors“, einem Teil der illegitimen Kiewer Regierung. "Wir werden die Gebäude räumen, wenn auch jene in Kiew, die illegal besetzt wurden, geräumt werden", so lautet die Bedingung aus der Ostukraine.

Mit diesem Bericht zu den Unruhen in der Ukraine in der Ostukraine verabschieden wir uns von Ihnen an dieser Stelle. Behalten Sie die genannten Zusammenhänge im Bewusstsein und beobachten Sie sorgfältig, was nun geschieht. Wir werden uns auch in den kommenden Tagen um Informationen direkt aus der Ukraine bemühen.

von oo./ke.

Quellen:

<http://crimeavector.com.ua/politika/5924-pod-korsunem-lyudey-pytali-i-izbivali.html><https://www.youtube.com/watch?v=mNX9cdyCFAA><http://de.ria.ru/politics/20140418/268308853.html><http://www.unzensuriert.at/content/0015231-US-Geheimdienst-bernimmt-ukrainischen-Geheimdienst>

Das könnte Sie auch interessieren:

#Ukraine - www.kla.tv/Ukraine

#Medienkommentar - www.kla.tv/Medienkommentare

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.